

BESCHLUSSEMPFEHLUNG UND BERICHT

des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur (7. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung der Landesregierung
- Drucksache 7/2503 -**

Konzept

„Gedächtnisort Friedliche Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern“

A Problem

Gegenstand dieser Beschlussempfehlung ist eine Unterrichtung, mit der die Landesregierung einem Auftrag des Landtages nachgekommen ist. Denn der Landtag hatte am 18. Mai 2017 einstimmig beschlossen, die Landesregierung mit der Erarbeitung von Eckpunkten und eines Konzeptes für einen Gedächtnisort zur Erinnerung an die Friedliche Revolution von 1989 in Mecklenburg-Vorpommern zu beauftragen, vgl. Drucksache 7/529. Die danach von der Landesregierung vorgelegte Unterrichtung auf Drucksache 7/2503 ist auch in Bezug genommen worden durch den Beschluss des Landtages vom 23. November 2018 zu den Drucksachen 7/2815, 7/2870 sowie 7/2815 in geänderter Fassung. Mit diesem Beschluss hatte der Landtag unter anderem das von der Landesregierung vorlegte Konzept als wichtigen Zwischenschritt auf dem Weg zur Umsetzung eines würdigen Erinnerns an die Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern begrüßt und anerkannt. Außerdem sollte die Landesregierung für weitere Konkretisierungen die Ausgestaltung durch den Bildungsausschuss berücksichtigen.

B Lösung

Der Bildungsausschuss empfiehlt nun, das Konzept und seine Umsetzung durch gezielte Maßnahmen zu unterstützen und voranzutreiben als weiteren wichtigen Zwischenschritt und Handlungsleitlinie für ein würdiges Erinnern an die Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern. Die einstimmige Entscheidung der Stadtvertreterversammlung Waren (Müritz) vom 24. Oktober 2018, mit der die Stadt ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht hat, Standort des zentralen Erinnerns zu werden, soll begrüßt werden.

Der Bildungsausschuss empfiehlt, neben der Schaffung eines zentralen Gedächtnis- und Gedenkortes einen Ideenwettbewerb zur Möglichkeit des dezentralen Gedenkens durchzuführen und das zentrale und dezentrale Gedenken im Internet durch ein digitales Angebot auf den Seiten der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur sichtbar zu machen. Der Landtag selbst soll einen jährlichen Schülerwettbewerb ausrichten. Außerdem soll am 16. Oktober 2019 eine Festveranstaltung des Landtages in Waren (Müritz) stattfinden.

Einstimmigkeit im Ausschuss

C Alternativen

Keine.

D Kosten

Für die Schaffung des zentralen Gedenk- und Gedächtnisortes stehen aus dem Vermögen der Massenorganisationen der DDR (PMO) mindestens eine Million Euro zur Verfügung. Laufende Kosten entstehen nicht.

Für das dezentrale Gedenken in ca. 25 Gedenkortern, das nicht aus den PMO-Mitteln finanziert werden kann, soll die Landesregierung einen Finanzierungsweg aufzeigen. Sachkosten werden für einen Ideenwettbewerb anfallen.

Das digitale Angebot, das die beiden o. a. Säulen im Internet auf den Seiten der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur sichtbar machen soll, ist grundsätzlich mit der vorhandenen Stellenausstattung darzustellen. Für darüber hinausgehende, plausible Bedarfe an Sachmitteln soll die Landesregierung einen Finanzierungsweg aufzeigen.

Die Kosten für die Durchführung des Schülerwettbewerbs werden im Landeshaushalt 2020/2021 veranschlagt.

Beschlussempfehlung

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 23. November 2018 zur Drucksache 7/2815. Der Landtag hat sich dafür ausgesprochen, die Stadt Waren (Müritz) als zentralen Ort des Erinnerns an 1989 und Ort der Festveranstaltung vom 16. Oktober 2019 festzulegen. Das Konzept „Gedächtnisort Friedliche Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern“ (Drucksache 7/2503) ist ein weiterer wichtiger Zwischenschritt und Handlungsleitlinie für ein würdiges Erinnern an die Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern.
2. Der Landtag begrüßt die einstimmige Entscheidung der Stadtvertreterversammlung der Stadt Waren (Müritz) vom 24. Oktober 2018, die die Bereitschaft der Stadt für den Standort des zentralen Erinnerns an die Friedliche Revolution und die lokale Unterstützung für den weiteren Prozess der Umsetzung zum Ausdruck bringt.
3. Der Landtag schließt sich dem Inhalt des Konzepts „Gedächtnisort Friedliche Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern“ (Drucksache 7/2503) grundsätzlich an und bekennt sich zu den definierten Säulen des Konzepts als Leitplanken des weiteren Prozesses. Der Landtag befürwortet die Umsetzung des vorgeschlagenen Konzeptes in folgender Form:
 - a) die Schaffung eines zentralen Gedächtnis- und Gedenkortes sowie eines festen Standortes für eine Ausstellung im öffentlichen Raum. Für Gedenkort, die an die Geschichte der DDR erinnern, stehen aus dem Vermögen der Massenorganisationen der DDR (PMO) mindestens eine Million Euro zur Verfügung. Die Landesregierung wird aufgefordert, die für die Schaffung eines zentralen Gedächtnis- und Gedenkortes am Standort Waren erforderlichen investiven Mittel konkret zu beziffern. Laufende Kosten entstehen nicht.
 - b) die Möglichkeit des dezentralen Gedenkens in den Gemeinden über das verbindende Element eines gemeinsamen Zeichens bzw. Symbols, das über einen Ideenwettbewerb gefunden werden soll. Es wird von ca. 25 Gedenkort, die mit je 1.989 Euro zum Anbringen des gemeinsamen Zeichens bzw. Symbols gefördert werden sollen (Fonds „Denkzeichen 1989“). Eine Finanzierung aus den PMO-Mitteln ist aus förderrechtlichen Gründen nicht möglich. Die Landesregierung wird gebeten, einen alternativen Finanzierungsweg aufzuzeigen. Für den Ideenwettbewerb wird von Sachkosten in Höhe von 2.000 Euro ausgegangen.
 - c) die Schaffung eines digitalen Angebotes auf den Internetseiten der Landeszentrale für politische Bildung sowie der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, das die Säulen eins und zwei im Internet sichtbar macht. Der hierfür erforderliche personelle Aufwand ist im Rahmen der vorhandenen Stellenausstattung abzubilden. Soweit darüber hinaus einmalige Sachkosten erforderlich sind, sind diese durch die Landesregierung plausibel zu beziffern. Eine Finanzierung aus den PMO-Mitteln ist aus förderrechtlichen Gründen nicht möglich. Die Landesregierung wird gebeten, ggf. einen alternativen Finanzierungsweg aufzuzeigen.

4. Der Landtag bekennt sich zur Bedeutung der Friedlichen Revolution in Mecklenburg-Vorpommern. Die historischen Ereignisse und deren Wert für Mecklenburg-Vorpommern müssen auch an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden. Der Landtag richtet deshalb ab dem Jahr 2019 einen jährlichen Schülerwettbewerb zu dem Thema aus.
5. Um den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution angemessen zu würdigen, findet am 16. Oktober 2019 eine Festveranstaltung des Landtages in der Sankt-Marien-Kirche oder der Sankt-Georgen-Kirche in Waren (Müritz) statt.

Schwerin, den 1. März 2019

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Jörg Kröger

Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Jörg Kröger

I. Allgemeines

Die Erste Vizepräsidentin hat im Benehmen mit dem Ältestenrat die Unterrichtung mit Amtlicher Mitteilung 7/57 vom 17. September 2018 federführend an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen.

Der Bildungsausschuss hat die Unterrichtung in seiner 35. Sitzung am 17. Oktober 2018, in seiner 36. Sitzung am 7. November 2018 und abschließend in seiner 41. Sitzung am 16. Januar 2019 beraten und einstimmig - bei Nichtteilnahme der Fraktionen DIE LINKE und Freie Wähler/BMV an der Abstimmung - die vorliegende Beschlussempfehlung angenommen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses

Der Rechtsausschuss hat die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 7/2503 in seiner 46. Sitzung am 5. Dezember 2018 abschließend beraten und das folgende mitberatende Votum mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und AfD sowie mit Gegenstimme der Fraktion Freie Wähler/BMV beschlossen:

„Vor dem Hintergrund der Beschlussfassung des Landtages zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2815 ‚Von Waren (Müritz) ins ganze Land - 30 Jahre Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern‘ in der Fassung der Änderungsanträge auf den Drucksache 7/2870 (CDU und SPD) und 7/2878 (DIE LINKE) empfiehlt der Rechtsausschuss, die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 7/2503 ‚Konzept Gedächtnisort Friedliche Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern‘ zur Kenntnis zu nehmen und verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Denn mit der o. a. Beschlussfassung hat sich der Landtag hinreichend politisch zu dem vorgelegten Konzept positioniert.“

III. Wesentliche Ergebnisse der Beratungen des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Die Unterrichtung war Gegenstand von drei Sitzungen des Bildungsausschusses. In der 36. Sitzung am 7. November 2018 haben die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern - seinerzeit noch für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR, heute für die Aufarbeitung der SED-Diktatur - und der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern das Konzept vorgestellt. Sie haben berichtet, dass im Vorfeld der Konzepterstellung eine Literaturrecherche zu bestehenden Erinnerungszeichen und -denkmälern in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt worden sei. Daneben habe eine Reihe von Gesprächen stattgefunden, in denen Ideen und Wünsche gesammelt worden seien. Die erste Vorstellung des Konzeptes habe in Form eines Kolloquiums unter Einbindung von Experten stattgefunden. In den Prozess der Erarbeitung des Konzeptes seien unter anderem auch Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen einbezogen worden.

Zentrale Themen seien die Schaffung eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes, Dezentralität und Erinnerungsarbeit in digitaler Form.

Das Konzept sehe die Schaffung eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes unter Einbindung eines zentralen Erinnerungszeichens vor. Die Umsetzung solle im Wege des künstlerischen Wettbewerbs erfolgen. Es sei die Etablierung einer Dauerausstellung angedacht, welche die Geschichte der Friedlichen Revolution abbilde, aber möglichst noch darüber hinaus informieren solle. Als möglicher Ort für einen zentralen Erinnerungsort werde Waren (Müritz) vorgeschlagen, der gleichzeitig über historische Relevanz verfüge, da dort beispielsweise am 16. Oktober 1989 - als einer der ersten Orte in Mecklenburg-Vorpommern - mehrere hundert Menschen den Kirchenraum verlassen und sich in den öffentlichen Raum begeben hätten. Der Punkt Dezentralität beinhalte, dass auch weniger zentral liegende Orte gewürdigt werden sollten. Im Rahmen der Erinnerungsarbeit solle in digitaler Form ein Internetangebot geschaffen werden. Sie schlagen vor, die Umsetzung des Konzeptes durch eine Arbeitsgruppe unter Einbindung von externem Sachverstand zu begleiten.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern und des Direktors der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, der Beratungen im Rechts- und im Bildungsausschuss sowie der Annahme des Antrages „Von Waren (Müritz) ins ganze Land - 30 Jahre Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern“ in der 51. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, haben die Fraktionen der CDU und SPD in der abschließenden Beratung am 16. Januar 2019 beantragt, folgender Entschließung zuzustimmen:

- „1. Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 23. November 2018 zur Drucksache 7/2815. Der Landtag hat sich dafür ausgesprochen, die Stadt Waren (Müritz) als zentralen Ort des Erinnerns an 1989 und Ort der Festveranstaltung vom 16. Oktober 2019 festzulegen. Das Konzept „Gedächtnisort Friedliche Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern“ (Drucksache 7/2503) ist ein weiterer wichtiger Zwischenschritt und Handlungsleitlinie für ein würdiges Erinnern an die Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern.
2. Der Landtag begrüßt die einstimmige Entscheidung der Stadtvertreterversammlung der Stadt Waren/Müritz vom 24. Oktober 2018, die die Bereitschaft der Stadt für den Standort des zentralen Erinnerns an die Friedliche Revolution und die lokale Unterstützung für den weiteren Prozess der Umsetzung zum Ausdruck bringt.
3. Der Landtag schließt sich dem Inhalt des Konzeptes „Gedächtnisort Friedliche Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern“ (Drucksache 7/2503) grundsätzlich an und bekennt sich zu den definierten Säulen des Konzeptes als Leitplanken des weiteren Prozesses. Der Landtag befürwortet die Umsetzung des vorgeschlagenen Konzeptes in folgender Form:
 - a. die Schaffung eines zentralen Gedächtnis- und Gedenkortes sowie eines festen Standortes für eine Ausstellung im öffentlichen Raum. Für Gedenkort, die an die Geschichte der DDR erinnern, stehen aus dem Vermögen der Massenorganisationen der DDR (PMO) mindestens 1 Mio. Euro zur Verfügung. Die Landesregierung wird aufgefordert, die für die Schaffung eines zentralen Gedächtnis- und Gedenkortes am Standort Waren erforderlichen investiven Mittel konkret zu beziffern. Laufende Kosten entstehen nicht.

- b. die Möglichkeit des dezentralen Gedenkens in den Gemeinden über das verbindende Element eines gemeinsamen Zeichens bzw. Symbols, das über einen Ideenwettbewerb gefunden werden soll. Es wird von ca. 25 Gedenkortern ausgegangen, die mit je 1.989 Euro zum Anbringen des gemeinsamen Zeichens bzw. Symbols gefördert werden sollen (Fonds „Denkzeichen 1989“). Eine Finanzierung aus den PMO-Mitteln ist aus förderrechtlichen Gründen nicht möglich. Die Landesregierung wird gebeten, einen alternativen Finanzierungsweg aufzuzeigen. Für den Ideenwettbewerb wird von Sachkosten in Höhe von 2.000 Euro ausgegangen.
 - c. die Schaffung eines digitalen Angebotes auf den Internetseiten der Landeszentrale für politische Bildung sowie der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, das die Säulen eins und zwei im Internet sichtbar macht. Der hierfür erforderliche personelle Aufwand ist im Rahmen der vorhandenen Stellenausstattung abzubilden. Soweit darüber hinaus einmalige Sachkosten erforderlich sind, sind diese durch die Landesregierung plausibel zu beziffern. Eine Finanzierung aus den PMO-Mitteln ist aus förderrechtlichen Gründen nicht möglich. Die Landesregierung wird gebeten, ggf. einen alternativen Finanzierungsweg aufzuzeigen.
4. Der Landtag bekennt sich zur Bedeutung der Friedlichen Revolution in Mecklenburg-Vorpommern. Die historischen Ereignisse und deren Wert für Mecklenburg-Vorpommern müssen auch an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden. Der Landtag richtet deshalb ab dem Jahr 2019 einen jährlichen Schülerwettbewerb zu dem Thema aus.
 5. Um den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution angemessen zu würdigen, findet am 16. Oktober 2019 eine Festveranstaltung des Landtages in der Sankt-Marien-Kirche oder der Sankt-Georgen-Kirche in Waren (Müritz) statt.“

Diesen Antrag hat der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und AfD - bei Nichtteilnahme der Fraktionen DIE LINKE und Freie Wähler/BMV an der Abstimmung - angenommen. Die Fraktionen, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben, haben dies damit begründet, dass der Antrag erst kurzfristig am Sitzungstag vorgelegt worden sei, sodass eine angemessene inhaltliche Prüfung nicht mehr möglich gewesen sei.

In einer weiteren Sitzung hat der Vorsitzende des Bildungsausschusses darüber informiert, dass er diesen Entschließungsantrag nach eingehenderer Prüfung nachträglich dem Finanzausschuss zugeleitet habe, um die Möglichkeit einer Stellungnahme nach § 55 Absatz 3 GO LT zu eröffnen.

IV. Stellungnahme des Finanzausschusses gemäß § 55 Absatz 3 GO LT

Der Entschließungsantrag ist nach Beschlussfassung vom Vorsitzenden des Bildungsausschusses dem Finanzausschuss zugeleitet worden, um diesem Möglichkeit zu geben, eine Stellungnahme abzugeben. Denn nach § 55 Absatz 3 GO LT hat der federführende Ausschuss dann eine Stellungnahme des Finanzausschusses einzuholen, wenn im Ergebnis einer abschließenden Beratung einer überwiesenen Vorlage eine erhebliche Veränderung der Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen zu erwarten ist.

Der Finanzausschuss hat - in Abwesenheit der Fraktion Freie Wähler/BMV - am 28. Februar 2019 einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE beschlossen, dass er aus finanzpolitischer Sicht die durch den Bildungsausschuss entsprechend dem o. a. Antrag bereits beschlossene Entschließung mitträgt.

Schwerin, den 1. März 2019

Jörg Kröger
Berichtersteller